

K-3 Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-3 Kapitel 3

1 3. Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

2 Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und klar ist, niemand
3 darf dabei zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, Kinder, ältere Menschen, prekär
4 Beschäftigte, Arbeitssuchende und Menschen mit Behinderung sind von Armut, Verdrängung und
5 Ausgrenzung bedroht. Familien und Freischaffende suchen vergebens nach bezahlbaren Wohn- und
6 Gewerberäumen. Wir kämpfen für ein Berlin, in dem alle teilhaben und ihren Platz finden.
7 Auch in der kommenden Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität.

8 Wohnen ist keine Ware – 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert

9 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschneit,
10 auch weil hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist. Wohnen ist
11 keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt, auf dem in 30 Jahren 50 Prozent des
12 Wohnraums gemeinwohlorientiert sind. Dafür werden wir ein breites Bündnis schließen – von
13 den landeseigenen Wohnungsgesellschaften über Genossenschaften und Hausprojekte bis zu
14 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl
15 verpflichten. Die Bau-, Miet- und Wohnpolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die Füße
16 gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir
17 Verantwortung tragen. Wir haben sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht
18 genutzt und mit dem Mietendeckel haben wir den Mut bewiesen, Menschen auch dann zu schützen,
19 wenn der Wind uns frontal ins Gesicht bläst. Diesen Weg wollen wir weitergehen: Wir bauen
20 das neue Berlin gemeinwohlorientiert und nachhaltig. Wir erwerben uns die Stadt Stück für
21 Stück zurück, um Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner Mietemarktes zu
22 machen, und regulieren gleichzeitig die Mieten weiter. Für uns ist klar: Der Mietendeckel
23 darf 2025 nicht ersatzlos enden.

24 Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören

25 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das
26 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses
27 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus
28 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben
29 den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und
30 Freischaffende eingezogen, wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
31 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben.
32 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben dafür gesorgt,
33 dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft verlässlich
34 übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit begonnen, das
35 Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, auch
36 tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle Vorreiter. Der Weg
37 zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist aber noch
38 weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf Bundesebene
39 endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht passiert
40 ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu wollen wir
41 mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen Bezirken in

- 42 alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen Umfeld
43 Unterstützung leisten.
- 44 Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge
- 45 Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems aufgezeigt: Statt in
46 gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) über Jahrzehnte
47 kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns gehören gute
48 Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der Profitmaximierung dienen.
49 Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser ausgestattet und wir wollen diesen
50 Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen und für mehr
51 Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte, im Kiez vernetzte Versorgungsangebote
52 zu entwickeln. Wir haben massiv Geld in die landeseigenen Krankenhäuser investiert. Wir
53 wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung ermöglichen und setzen uns nachhaltig
54 auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den Bezirken ein – insbesondere auch bei
55 den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer besseren Verteilung wollen wir eine besser
56 vernetzte und aufeinander abgestimmte Angebotsvielfalt erreichen; dazu müssen wir das
57 Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V) stärken und erweitern.
- 58 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern
59 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
60 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Verkehrswende, im Bildungsbereich, in der
61 Sozialpolitik oder in der Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit
62 unser Ziel. Wir wollen erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die
63 gleichen gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns
64 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.
- 65 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege,
66 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte zu
67 schlechten Bedingungen mit viel zu vielen Patient*innen ihren Dienst tun. Darum haben wir
68 gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren intensiv an
69 Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids „Gesunde
70 Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen Personalschlüsseln die
71 Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und
72 Wohnformen im Alter fördern, um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu
73 ermöglichen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene
74 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich des Elterngeldes, ein.
- 75 Im Bund wollen wir uns außerdem für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung sowie der
76 grünen Bürger*innenversicherung einsetzen, um mehr Gerechtigkeit und Solidarität in der
77 Versorgung herzustellen.
- 78 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegulungen für Beamt*innen verändert, so
79 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir
80 bundesweit umsetzen.
- 81 Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen
- 82 Ältere Menschen sind noch lange fit und wollen aktiver Teil der Gesellschaft bleiben. Am
83 besten ermöglichen wir das, indem wir Hürden im Alltag abbauen. Auch für Menschen mit
84 Behinderung oder Familien mit kleinen Kindern ist es wichtig, dass die Stadt barrierefrei
85 ist. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in Verwaltungsgebäuden. Deswegen machen wir
86 uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten, längere Ampelschaltungen, eine
87 barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung von Veranstaltungen in
88 Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung,

89 gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance bekommen, Teil des
90 ersten Arbeitsmarktes zu werden.

91 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen
92 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür,
93 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben und bauen Hürden im Alltag ab. Berlin
94 gelingt nur gemeinsam. Zusammen mit den Initiativen und Verbänden unterstützen wir daher das
95 Berliner Behindertenparlament.

96 **3.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial**

97 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnpolitik eingeläutet, um
98 der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser
99 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert zu gestalten. Mit unserem
100 „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin
101 in gemeinwohlorientierter Hand sein. Unter Gemeinwohl verstehen wir die landeseigenen
102 Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen und Hausprojekte
103 sowie Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das
104 Gemeinwohl verpflichten. Wir schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr
105 Wohnschicksal in die eigenen Hände nehmen, wie beispielsweise Baugruppen, wenn sie sich
106 sozialen und ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen.

107 In den vergangenen Jahren haben wir den Neubau stärker auf Gemeinwohl ausgerichtet,
108 gleichzeitig hat der Mietendeckel Ruhe in den überhitzten Markt gebracht und zu stabilen
109 Mietpreisen geführt. Damit haben wir juristisches Neuland betreten und sind stolz darauf,
110 dass wir Wucher stoppen konnten, trotz heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren
111 streiten wir weiter für einen gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin.
112 Dazu gehört für uns auch die Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40
113 Prozent des CO₂ in der Stadt aus, also sind energetische Modernisierung und die Bauwende
114 eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verwirklichen
115 soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz und spielen sie nicht gegeneinander aus.

116 Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch

117 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz hat.
118 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über
119 landeseigene Wohnungsbaugesellschaften bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten
120 Besitzer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr Wohnungen. Wir wollen, dass in Berlin jährlich
121 20.000 Wohnungen neu gebaut werden, natürlich klimaneutral und mindestens die Hälfte
122 sozialverträglich. Neubauten im Hochpreissegment müssen möglichst vermieden werden, weil das
123 weite Teile der Bevölkerung ausschließt. Zur Förderung des Neubaus wollen wir einen
124 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen
125 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Neubauten ermöglicht. Wir
126 wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten, dass eine besonders hohe
127 Förderung in dauerhaft gemeinwohlgebundene und möglichst CO₂-neutrale errichtete Wohnungen
128 fließt. Die Genossenschaftsförderung für Neubauten wollen wir deutlich erhöhen und weiter
129 öffnen, zum Beispiel auch für Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat.

130 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläutern. Mit ökologischen
131 Dämm- und Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Naturstein oder Recyclingbeton, wollen
132 wir klimafreundliche Neubauten und Modernisierungen auf die Straße bringen. Bei
133 energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die

134 Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues faires System
135 zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist,
136 muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir
137 zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen.
138 Durch eine energetische Sanierung schützen Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien
139 und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete durch niedrige
140 Energiekosten aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt. Die öffentliche Hand
141 leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um Berlin auf den
142 1,5-Grad-Pfad zu bringen.

143 Wir wollen Eigentümer*innen gesetzlich verpflichten, bis 2024 Fahrpläne für eine
144 mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser vorzulegen.
145 Dabei bieten wir eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die
146 Bauinformationszentren des Landes Berlin an. (Zu Fragen der Stadtentwicklung und des
147 ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

148 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir
149 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen
150 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner
151 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass mindestens 50 Prozent
152 der Wohnungen im Neubau dauerhaft gemeinwohlgebunden sind. Darüber hinaus wollen wir auch
153 alle weiteren Möglichkeiten nutzen, um Baurecht an die dauerhafte ökologische und
154 Gemeinwohlbindung mindestens eines Anteils des Neubaus zu knüpfen.

155 Den Wohnungsmarkt regulieren – bezahlbare Mieten sichern

156 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbot und
157 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um
158 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu
159 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Darüber hinaus prüfen wir die Schaffung
160 eines Landesamtes für Wohnungswesen, das vor allem die Umsetzung des Mietendeckels
161 sicherstellen soll. Um mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt zu schaffen, haben wir ein
162 Berliner Miet- und Wohnungskataster eingeführt und werden es mit Leben füllen.

163 Die Wirkung des Mietendeckels ist bis 2025 begrenzt. Bis dahin braucht es auf Bundesebene
164 eine Reform des Mietrechts, damit die Mehrheit der Mieter*innen nicht mehr als 30 Prozent
165 ihres Nettoeinkommens für Wohnen aufbringen müssen. Sollte das nicht gelingen, werden wir
166 auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den
167 Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Dazu werden wir alle Möglichkeiten
168 nutzen und ein Mietenkataster aufbauen. Ein solches Kataster kann Grundlage für ein
169 Wohnraumbewirtschaftungsgesetz sein. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu
170 sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbe und Immobilienkaufpreise nicht durch die
171 Decke gehen.

172 Bei Wohnungen in öffentlicher Hand haben wir hohe Ansprüche an die Gemeinwohlorientierung.
173 Darum entwickeln wir das Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den
174 städtischen Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Der öffentliche
175 Wohnungssektor stellt sicher, dass auch Menschen mit geringem Einkommen die Miete zahlen
176 können. Das wollen wir weiterhin gesetzlich sicherstellen. Beim landeseigenen Berlinovo-
177 Konzern fordern wir eine tiefgreifende Strukturreform hin zu mehr Transparenz und
178 Gemeinwohl.

179 Eigentum verpflichtet, und das muss sich auch in der Besteuerung niederschlagen. Höherer
180 Wert heißt höhere Steuerzahlung. Angesichts der komplexen Umsetzungsfragen wollen wir mit

181 einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob eine Umwandlung zu einer Bodenwertsteuer sinnvoll und
182 durchführbar ist. Zusätzlich wollen wir die Grunderwerbsteuer progressiv ausgestalten. Sie
183 soll deutlich höher ausfallen als bislang für Transaktionen mit vielen Wohneinheiten und
184 niedriger als heute für Einzelkäufe.

185 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein
186 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Wir wollen, dass der Bund den Ländern durch
187 die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miets- in Eigentumswohnungen
188 konsequent zu unterbinden und den Erwerb von Wohneigentum auf Neubauinvestitionen zu
189 begrenzen. Sollte der Bund auch hier nicht handeln, werden wir prüfen, inwieweit wir, analog
190 zum Mietendeckel, auch als Land Berlin diesbezüglich tätig werden können.

191 Die Stadt zurückerwerben

192 Um Verdrängung und Immobilienspekulation zu stoppen und bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen,
193 streben wir in den nächsten 30 Jahren einen Berliner Wohnungsmarkt an, der zu 50 Prozent
194 gemeinwohlorientiert ist. Gemeinwohlorientiert sind für uns Eigentumsformen, die nicht auf
195 reinen Profit und Spekulation ausgerichtet sind – wie zum Beispiel Genossenschaften,
196 Baugruppen, Berlins Wohnungsgesellschaften und Privatvermietende, die sich wie die
197 öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl verpflichten.

198 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung aus der Mottenkiste
199 geholt: Mit dem Vorkaufsrecht verpflichten wir Käufer*innen mit Abwendungsvereinbarungen
200 dazu, ihrer Sozialpflichtigkeit nachzukommen, oder veranlassen den Aufkauf der fraglichen
201 Wohngebäude durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Mit einer deutlichen
202 Erweiterung von Milieuschutzgebieten wollen wir diese Intervention zugunsten der betroffenen
203 Mieter*innen zukünftig auch stadtweit ermöglichen. Mit Genossenschaften, Stiftungen oder
204 Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine Kooperationsvereinbarung schließen.
205 Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu
206 fördern, eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf
207 Bundesebene dafür, einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen fairen
208 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemiet*innen
209 einführen und die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig
210 anbieten, um vor Ort den Gewerbearten Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen
211 sind.

212 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik, dass
213 dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen
214 und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens.
215 Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den
216 gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

217 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und
218 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die
219 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen
220 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung
221 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, diesen
222 Schritt gehen. Wenn es um die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht,
223 müssen qualitative Kriterien zur Bewertung kommen, die Diskussion um rein quantitative
224 Obergrenzen sehen wir kritisch.

225 Aktive, transparente und faire Bodenpolitik

226 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit
227 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes

228 Flächenmanagement mit Hilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen
229 Boden soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine
230 Erbbaurechtsstrategie implementieren. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr
231 privatisiert. Das wollen wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben.

232 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat,
233 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft
234 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Darüber hinaus wollen wir die Gründung einer
235 genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger*innenschaftliche und
236 gemeinwohlorientierte Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts stärken.
237 Ein zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts
238 sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie
239 berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen.
240 Wir wollen, dass der nachhaltige Ertrag einer Immobilie genutzt wird, um den Verkehrswert zu
241 ermitteln, und nicht die höchstmögliche Verwertung zählt.

242 3.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven 243 schaffen

244 Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in der viele
245 Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede*n treffen. Besonders
246 gefährdet sind ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen, die Arbeit suchen, oder Menschen
247 mit geringen oder plötzlich gar keinen Einkommen. Wir wollen ihnen soziale Sicherheit
248 garantieren und ihnen eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es eines
249 grundsätzlichen Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen in allen
250 Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung des Hartz-
251 IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-II-Regelsatz.

252 Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige Weichen neu
253 gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft haben wir so
254 verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie teurer wird.
255 Zehntausende Mieter*innen können so wieder ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben. Und um
256 Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro
257 angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. In all
258 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

259 Familien- und Kinderarmut bekämpfen

260 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur
261 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind.
262 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, kulturell oder finanziell benachteiligt sind.

263 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und
264 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulessen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-
265 Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte
266 Familien. Doch um diesen Familien nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr tun. Deshalb
267 wollen wir die Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen. Die ungerechte
268 Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer
269 Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

270 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu
271 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission
272 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des

273 Familienbeirates oder der LIGA sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die
274 Umsetzung. Wir wollen einen zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen,
275 von den Tafeln über die Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk
276 soll so leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da
277 ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches
278 Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in
279 den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die
280 Stadtteilmütter sind raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in
281 den Bezirken gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die
282 Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Lots*innen auf allen
283 Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

284 Familien in schwierigen Situationen brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in
285 den vergangenen Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt.
286 Dies wollen wir nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort
287 sollen die Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit
288 zu finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu
289 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir
290 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die
291 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und
292 unbürokratisch beraten können.

293 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders
294 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet,
295 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen
296 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken
297 wiederholen wollen.

298 Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren

299 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu
300 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen.
301 Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung
302 oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand gehen, innovative Ansätze aus
303 einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen werden. Die Rädchen müssen vor Ort
304 ineinandergreifen. Damit Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dafür
305 müssen die besten Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die ganze
306 Stadt werden. In den Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden Einzelfall
307 gearbeitet. In Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In Mitte war
308 ein Projekt zur Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In Neukölln
309 haben wir ein Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege aus der
310 Krise zu zeigen. Wir wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern und der
311 Senatsverwaltung für Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns ist klar,
312 dass Betroffene in die Entwicklung der Angebote einbezogen werden müssen.

313 Orientierung am Sozialraum der Menschen

314 Auch die Arbeit der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen organisieren
315 – nicht entlang bürokratischer Logiken. Die in der Jugendhilfe begonnene
316 „Sozialraumorientierung“ ist ein guter Schritt in diese Richtung. Mit der Verankerung im
317 Familienförderungsgesetz weiten wir diese Systematik auf andere Bereiche aus. In ganz Berlin
318 sollen lebensweltlich orientierte Räume definiert und Fachkonzepte der Zusammenarbeit
319 erarbeitet werden. Wir wollen Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien und
320 Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe Hilfen“

321 Babylots*innen, die Stadtteilmütter, Sozialarbeiter*innen in Jugendeinrichtungen, die
322 Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Bei den sogenannten „67er-
323 Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten,
324 wollen wir eine einheitliche Anwendung in den Bezirken erreichen. Parallel soll die
325 Qualitätssicherung systematisiert und in ganz Berlin strukturiert werden, um Flexibilität
326 und hohe Qualität zu verbinden.

327 Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen

328 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-, Sozial- und
329 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer
330 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die
331 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles
332 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen.
333 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die
334 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von
335 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein
336 wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger Schritt. Nun muss eine
337 Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter ausbauen zu können.

338 Das Konzept „Housing First“ ausbauen

339 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt. Um die
340 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen geschützten
341 Raum, ein Dach über dem Kopf. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz „Housing First“
342 Menschen als Allererstes in neue Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag – und begleiten sie
343 dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen wollen wir die
344 Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen gemeinwohlorientierten Projekten,
345 die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein, Bürgschaften
346 auch über die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte Generalmietermodell der Degewo
347 mit sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle landeseigenen
348 Wohnungsunternehmen etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang umsetzen zu können,

349 wollen wir Wohnungen auf Basis des Mietendeckels anmieten, um sie, begleitet von sozialer
350 und psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders
351 verletzte Gruppen wie Frauen, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit
352 Behinderung und Obdachlose mit hohem Alter im Mittelpunkt.

353 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von EU-Bürger*innen, wenn sie keine Ansprüche
354 auf Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse
355 abzuschaffen. In Berlin wollen wir eine Clearing-Stelle einrichten, die zentral die
356 Möglichkeiten prüft und, wenn nötig, Menschen auf Basis des Allgemeinen Sicherheits- und
357 Ordnungsgesetzes unterbringt.

358 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den
359 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze
360 ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der Kältehilfe
361 deutlich über 1.000 Plätze vorgehalten werden. Alle Plätze sollen stets mit
362 Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance
363 auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen.

364 Ein neues Landesamt für Unterbringung

365 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
366 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung

367 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
368 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
369 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
370 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
371 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

372 3.3 Gesundheit ganzheitlich denken

373 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – das hätte nicht drastischer deutlich
374 werden können als in der Corona-Pandemie. Vorsorge zu treffen heißt immer in gute Strukturen
375 zu investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf
376 nicht zur Profitmaximierung dienen, sondern muss sich am Wohl der Menschen orientieren.
377 Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder individuelles
378 Gesundheitsverhalten. Es geht um gesunde Lebensbedingungen, um körperliches, psychisches und
379 soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

380 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-
381 Pandemie war dies eine Herausforderung. Wir haben Kapazitäten aufgestockt, Personal in den
382 Gesundheitsämtern aufgebaut und für den Notfall ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen.
383 Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die
384 Investitionen in die Krankenhäuser haben wir auf den Bundesschnitt angehoben und dafür
385 gesorgt, dass Babylots*innen in allen Geburtsstationen der Berliner Krankenhäuser Eltern
386 beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen im Krankenhaus besser und
387 gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf regionale, saisonale und
388 nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine. Wir haben erreicht, dass
389 alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erhalten. Wir unterstützen
390 Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu versichern. Durch unseren Einsatz können
391 sich endlich auch Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein
392 behandeln lassen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, in dem der Zugang zur
393 hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich ist. Der neue und bislang einzigartige
394 Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter einem Dach niedrigschwellig Beratung, Prävention
395 (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle Gesundheit, insbesondere zu
396 HIV/AIDS.

397 Den öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen

398 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der
399 öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Über Jahrzehnte wurde der ÖGD kaputtgespart. In der
400 Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Wir brauchen
401 einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen
402 ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte Vernetzung voranzutreiben. Der ÖGD soll
403 die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln. Daher werden wir
404 systematisch auch neuere Berufsgruppen wie Public-Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen
405 oder Gesundheitswissenschaftler*innen in den ÖGD einbeziehen. Und wir setzen uns dafür ein,
406 dass Famulaturen im Medizinstudium sowie das praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern
407 absolviert werden können. Wir wollen den Beruf der*des Amtsärzt*in attraktiver machen und
408 die Voraussetzungen schaffen, dass die gesamte Ausbildung zur Fachärzt*in für den
409 öffentlichen Gesundheitsdienst auch in Berlin absolviert und finanziert werden kann. Mit
410 neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen Aufgaben zu erledigen. Um
411 vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen, dass der ÖGD die Vielfalt
412 unserer Gesellschaft widerspiegelt.

413 Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren

414 Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen und die Mitarbeiter*innen in
415 den Gesundheitsämtern – es gibt viele Berufsgruppen, die für gute gesundheitliche Versorgung
416 wichtig sind. Wir wollen die noch nicht organisierten Gesundheits- und Pflegeberufe bei
417 ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und gewollt auch
418 in Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung
419 steht, werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen
420 Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden. Auch die Ausbildung muss
421 attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und Studiengänge auch in
422 Teilzeit zu absolvieren.

423 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher
424 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status
425 quo zu halten, sondern auch, um Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der
426 Gesundheitsversorgung voranzubringen.

427 Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen

428 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen
429 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, der Beruf und die soziale Lage eine wesentliche
430 Rolle. In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel
431 zu selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen
432 zusammengebracht. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez macht es anders: Hier
433 arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit den Menschen im Kiez
434 für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein. Behandlungen erfolgen
435 disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die Bedürfnisse der
436 Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das Projekt regelmäßiger
437 Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKos mehr integrierte, lokale und
438 interprofessionelle Gesundheitszentren schaffen.

439 Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken

440 Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen Politikfeldern zu
441 verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn Gesundheit entsteht
442 weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort, wo Menschen leben,
443 arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und ihre Freizeit verbringen. Auch Klimaschutz ist
444 Gesundheitsschutz – Luftverschmutzung und Lärm machen krank. Mit der Verkehrswende schützen
445 wir vor allem die Gesundheit derer, die bisher an lauten und stickigen Straßen leben müssen.
446 Wir wollen künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf
447 die Gesundheit prüfen.

448 HIV/Aids besiegen

449 Berlin hat das Ziel der Vereinten Nationen übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-
450 Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der
451 Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel
452 für die kommenden Jahre lautet „95-95-95“: 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer
453 Infektion wissen, 95 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und 95 Prozent der
454 Behandelten „unter der Nachweisgrenze“ sein, damit eine Übertragung des HI-Virus nicht mehr
455 möglich ist. Um das zu erreichen, wollen wir die Infrastruktur zu Versorgungsstrukturen
456 weiter verbessern.

457 Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle

458 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und
459 Geburtshelfer begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Frauen sowohl während der
460 Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass
461 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist
462 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen allen Frauen aber weiterhin eine selbstbestimmte und
463 sichere Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die
464 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, sie mit Service-Parkausweisen im Alltag zu
465 unterstützen und mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche zu erleichtern. Zusätzlich
466 haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen für Hebammen
467 verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene setzen wir uns
468 dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge übernommen werden und es
469 dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern gibt.

470 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir
471 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie auch
472 gleichgeschlechtlichen Paaren von der Krankenkasse finanziert wird.

473 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können.
474 Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten muss deshalb niedrigschwellig zugänglich
475 sein und wir kämpfen weiterhin für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

476 Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss

477 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir
478 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen
479 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr
480 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vorher eine
481 gute Aufklärung über Versorgungsvollmachten und eine Patientenverfügung stattfindet. Deshalb
482 wollen wir die Strukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine Beratungsstelle für
483 Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung im Hospiz oder
484 zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aus gesundheitsökonomischer Sicht oft
485 unattraktiver als die medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische
486 Maßnahmen. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus- und weiterzubilden, dass für sie die
487 Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und lebensverlängernde Maßnahmen, die von den
488 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden, nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

489 Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote

490 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich das psychische Wohlbefinden. Durch unsere
491 Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen positiven
492 Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber hinaus
493 wollen wir – u. a. im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote schaffen und
494 ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen besser zu
495 bewältigen.

496 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und
497 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte
498 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den
499 Abbau von Zwang. In der Versorgung gilt für uns die Maxime: ambulant vor teilstationär vor
500 stationär. Unser Plan ist, innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie neue
501 Angebotsformen zu fördern. Wir wollen den ÖGD hinsichtlich Beratung und Begleitung stärken.
502 Das Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich weiterentwickeln und einen
503 datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

504 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur
505 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und
506 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen.

507 **3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege** 508 **stark**

509 Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters
510 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie
511 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen
512 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre
513 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und
514 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im
515 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns
516 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen,
517 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

518 Im Kiez verortet

519 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie
520 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben
521 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte
522 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus
523 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,
524 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene
525 Community hinaus zusammenbringen.

526 Vielfalt der Pflege- und Wohnformen

527 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter Pflege- und Wohnformen an und wollen
528 alternative Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen
529 abgelöst werden, wir fördern kleine, in Quartieren angebundene und vernetzte
530 Versorgungseinrichtungen. Sie bieten quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive
531 Beratung, Pflege und Betreuung älterer Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und
532 kontrollieren zu können, haben wir das Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Besonders wichtig
533 war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und Wohngemeinschaften an den jeweiligen
534 Sozialraum.

535 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
536 beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot
537 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und
538 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und
539 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen
540 Pflegeeinrichtungen.

541 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine
542 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und
543 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die
544 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden.
545 Für uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Hintergründe der Berliner*innen abbilden
546 muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade in einer
547 Einwanderungsgesellschaft gilt es Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei Einstellungen auf
548 Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in Pflege- und

549 Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der interkulturellen
550 Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen – diesen Weg
551 wollen wir weitergehen.

552 Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

553 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. Pflegekräfte sind systemrelevant, das
554 spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend in den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir
555 ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege wurden in den letzten Jahren bereits
556 Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die
557 Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf gute Pflege angewiesen. Eine Pflegekammer,
558 wie sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir
559 ausdrücklich.

560 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote,
561 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu
562 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte in Form von Pflegekammern und
563 regen das auch für andere Heilberufe an. Wir fordern mehr Teilzeitausbildungen und die
564 Finanzierung der berufsbegleitenden Ausbildung zum*zur Altenpfleger*in. Im Ausland erworbene
565 Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU
566 erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten Versorgung müssen die
567 Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen möglichst lange in ihrer
568 eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf
569 – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen wollen wir sie zurückgewinnen.

570 Pflegende Angehörige besserstellen

571 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000
572 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie
573 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr
574 Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum
575 Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen
576 soll ausgebaut und verstetigt werden. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine
577 Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine
578 Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

579 **3.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit** 580 **Behinderung**

581 Die Berliner Stadtgesellschaft soll inklusiv werden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der
582 alle Menschen mit und ohne körperliche, psychische oder kognitive Behinderung
583 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen. In Berlin leben
584 rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von über 50 Prozent, das ist fast jede
585 zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für noch viel mehr
586 Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen, auf
587 barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es zentral,
588 dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

589 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir
590 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten
591 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau
592 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig
593 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den

594 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich
595 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau
596 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser
597 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren
598 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.

599 „Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung

600 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt
601 vorantreiben. Zum 1. Januar 2022 sollen alle bezirklichen „Häuser der Teilhabe“ gegründet
602 sein. Wir wollen in den Häusern multiprofessionelle Teams zusammenbringen, um die Beratung
603 so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für einheitlich hohe Standards der
604 Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen Land und Bezirken entwickeln
605 und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also ein neues Label und die
606 Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht zulassen. Bei der
607 Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch das
608 „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den
609 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern
610 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs-
611 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen
612 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

613 Für Inklusion in allen Lebensbereichen

614 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse:
615 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die Werkstätten so weiterentwickeln, dass sie nicht
616 zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt dienen.
617 Unternehmen mit mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf fünf
618 Prozent der Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen
619 aber zu viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern,
620 werden wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker
621 fördern und Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an solche „Inklusionsbetriebe“ vergeben.

622 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und
623 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich
624 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der Inklusionstaxis im
625 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der
626 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen wollen wir Inklusion
627 zu einer Bedingung machen.

628 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere
629 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes
630 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die
631 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben
632 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten
633 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

634 Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven Gesellschaft. Beides bedingt sich
635 gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Nach und nach wollen wir
636 unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder gemeinsam an Regelschulen lernen. Die
637 Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an den Regelschulen zur individuellen
638 Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin.

639 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen
640 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir
641 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen.

642 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-
643 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen
644 wichtigen Schritt getan. Die praktische Umsetzung wollen wir nun beschleunigen. Das gilt
645 zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und Bezirksämter. Bei der Neukonzeption
646 von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit schon in der Planung umfassend
647 mitgedacht werden.

648 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive
649 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

650 3.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, 651 Unterstützung und Selbstbestimmtheit

652 Drogen sind Teil der Gesellschaft und kaum eine Debatte wird so irrational geführt wie die
653 um den richtigen Umgang damit. Wir Bündnisgrüne stehen für einen vernünftigen,
654 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und
655 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz gewährleistet, Abhängigen unkompliziert Hilfe
656 zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

657 Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden

658 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa 15 Millionen Menschen deutschlandweit
659 rauchen, rund 120.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des Rauchens, viele Millionen
660 sind schwer nikotinabhängig. Am gefährlichsten für Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen
661 Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig. Die am weitesten verbreitete illegale
662 Droge ist mit ca. vier Millionen Konsument*innen Cannabis. Tatsächlich ist die
663 Unterscheidung zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen Drogen auf der
664 anderen Seite nicht sinnvoll und historisch vor rund 100 Jahren willkürlich getroffen
665 worden. Da sind wir uns mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig. Statt willkürlicher
666 Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem Gefährdungspotential ein wichtiger
667 Schritt – hier ist die Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied macht, wie
668 Drogen konsumiert werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und in
669 kriminalisierten, ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen
670 orientieren. Ideologische Debatten lehnen wir ab.

671 In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene

672 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein
673 Werbeverbot für Tabak und Alkohol auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem Pilot-
674 Projekt zum Drug-Checking in Clubs werden wir einen Weg einschlagen, der Menschen vor
675 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume haben wir in den Bezirken
676 geplant und geschaffen. Dort sind neben sicherem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und
677 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir
678 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf
679 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene. Gemeinsam
680 mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem „Cannabiskontrollgesetz“
681 ein sehr konkreter Weg zur Legalisierung entwickelt, den wir auch weiter vorantreiben
682 werden.

683 Aufklärung und Prävention ausbauen

684 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten, zielorientierten
685 Drogenpolitik festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen.
686 Der Jugend- und Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der
687 Verbraucherschutz haben dabei für uns höchste Priorität. Dabei nehmen wir nicht nur
688 substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern werden auch Programme der Prävention
689 vor nicht substanzgebundene Süchte, beispielsweise Glücksspiel oder Computerspiele, weiter
690 ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen
691 Werbeflächen in Berlin verbieten und dazu die rechtlichen Möglichkeiten im Detail prüfen.
692 Den Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen
693 schützen wir damit und wir halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit
694 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucherkneipen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier
695 mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

696 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit
697 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese
698 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren
699 Spritzenentsorgung, zu häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit
700 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf
701 Spielplätzen nichts verloren.

702 Beratung und Selbsthilfe stärken

703 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Unser
704 Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzenprogramme in allen Bezirken Berlins. Mit einer
705 stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen erreichen, die drogenabhängig und
706 dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die Beratung aber nicht alleine
707 schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so dass es sich zur anerkannten
708 Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert mit Angeboten zur Beratung
709 und Hilfe zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum. Dafür wollen wir mehr mobile Drug-Checking-
710 Teams auf den Weg bringen, die die Erreichbarkeit verbessern. Die Sucht- und
711 Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei für uns,
712 dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution und die
713 Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und medizinisch-
714 psychologische Betreuung nach der Haftentlassung.

715 Schwarzmarkt austrocknen

716 Um den Schwarzmarkt auszutrocknen, arbeiten wir weiter daran, Cannabis zu legalisieren.
717 Solange es auf Bundesebene keine neue gesetzliche Regelung gibt, halten wir an unserem Ziel
718 eines Modellprojektes zur legalen Abgabe von Cannabis in Berlin fest. Die nicht verfolgbare
719 geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf wollen wir anheben und auch für andere illegale
720 psychoaktive Substanzen entsprechende geringe Mengen festlegen, die strafverfolgungsfrei
721 bleiben. Damit entlasten wir Polizei und Justiz massiv. Auch den Parks, die von massiven
722 Dealertätigkeiten belastet sind, und deren Anwohner*innen wollen wir dazu verhelfen, wieder
723 mehr Ruhe und Sauberkeit zu finden. Frei gewordene Kapazitäten wollen wir so weit möglich
724 für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den
725 internationalen Drogenhandel begünstigt wird.

726 Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik

727 Weltweit sorgt der Handel mit Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Bei kaum einem
728 anderen Politikfeld ist die Verbindung zwischen unserer Politik hier und der Lage der Welt
729 so unmittelbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu beenden, arbeiten wir daran, den

730 internationalen Drogenhandel zu unterbinden. Das gelingt nicht durch die Kriminalisierung
731 von Konsument*innen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung
732 und Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen, nicht diese Konflikte auf
733 dem Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

734 3.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt 735 des Sportes

736 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft und stiften Freude. Wir wollen
737 allen Berliner*innen ermöglichen sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob
738 organisiert und regelmäßig oder nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle
739 Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und
740 Bewegung selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park,
741 eine Runde Tischtennis im Hof, Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem
742 Supermarkt-Dach. Dafür denken wir Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport
743 verbindet auch über Grenzen hinweg. Berlin profitiert von internationalen
744 Sportveranstaltungen. Die weltweite Bekanntheit der Sportmetropole Berlin wollen wir
745 ausbauen.

746 Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine

747 Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen aktiv. Sportvereine übernehmen vielfältige
748 Funktionen, sie ermöglichen Jung und Alt Bewegung in Gemeinschaft, sie unterstützen das
749 Zusammenwachsen unterschiedlicher Menschen und den Leistungssport. Das wäre ohne zahllose
750 Ehrenamtliche nicht möglich, die sich als Trainer*innen oder Vereinsvorstände engagieren.
751 Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz, sondern auch bei der Bezahlung von
752 Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir die Finanzierung der Trainer*innen
753 und Übungsleiter*innen verbessert.

754 Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen

755 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden
756 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport
757 gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden
758 wir das Sportförderungsgesetz und die Sportstättennutzungsverordnung so anpassen, dass die
759 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Der neu
760 gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-Ludwig-
761 Jahn-Sportpark in Pankow sollen Vorzeige-Projekte für das Nebeneinander von
762 institutionalisiertem und frei organisiertem Sport werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-
763 Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie an einem historischen Ort in einer
764 Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine inklusive Sportstätte für alle
765 Menschen entstehen kann.

766 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir
767 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose
768 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100
769 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den
770 kommenden Jahren weiterführen.

771 Sportanlagen inklusiv und ökologisch

772 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in
773 schlechtem Zustand. Mit dem Sportanlagenanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten

774 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die
775 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen
776 ökologischen Standards erfolgen müssen. Die Klimakrise erfordert, dass wir in allen
777 Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben wir in der Sportanlagennutzungsverordnung
778 auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

779 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden.
780 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die
781 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der
782 Vielen, die allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Auch für eine älter
783 werdende Gesellschaft ist es wichtig, barrierefreie Sportanlagen bereitzuhalten, damit in
784 jedem Alter Bewegung und Sport möglich ist.

785 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es
786 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen
787 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen
788 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet
789 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

790 Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für die
791 Gesundheit

792 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder
793 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Deswegen muss Schwimmunterricht Teil
794 des Schulsportes sein. Wir wollen die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe ausweiten,
795 damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich die Nutzung
796 der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob Kooperationsverträge mit
797 anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios, abgeschlossen werden können, um
798 die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

799 Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen
800 umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur
801 soll transparent sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir
802 haben in den letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder bereitgestellt, aber wie
803 bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in
804 Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch
805 sind.

806 Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche
807 körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht, welches
808 Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle Orientierung und
809 sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller Berliner*innen muss sich auch
810 in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände widerspiegeln.

811 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

812 1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware

813 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir
814 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent
815 Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in
816 gemeinwohlorientierter Hand sein. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen
817 wir die notwendige finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit
818 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
819 Kooperationsvereinbarung abschließen.

820 2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden

821 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die
822 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so
823 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das
824 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf
825 und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld,
826 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e
827 Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und
828 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen
829 zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

830 3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause

831 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
832 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
833 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
834 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
835 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
836 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
837 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

838 4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern

839 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen.
840 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit,
841 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele
842 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene
843 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern,
844 dass auch eine Vollzeitätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache
845 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Dazu
846 zählt auch eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen von den
847 Ärzt*innen im Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die
848 Akademisierung der Pflegeausbildung.

849 5. Faire Ausbildungsbedingungen für Care-Berufe schaffen

850 In vielen Care-Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Wir wollen faire
851 Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen – dazu zählt eine
852 angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung. Wir fordern zum Beispiel, dass Ärzt*innen
853 im praktischen Jahr an den Lehrkrankenhäusern der Charité bezahlt werden. Zusätzlich könnten
854 Landesstipendien für diese Engpassberufe vergeben werden.